

Stadt Landau in der Pfalz



Integrationskonzept Landau in der Pfalz

Stand: 13. Dezember 2011

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Vorwort: Bedeutung und Relevanz des Integrationskonzepts	3
2. Zielgruppe: An wen wendet sich das Konzept?	5
3. Erste Erfahrungen: Niemand fängt bei Null an	6
4. Begriffsklärung: Was verstehen wir unter „Integration“?	8
5. Ausgangssituation: Daten und Fakten Landau in der Pfalz	10
6. Bürgerbeteiligung: Das Grundprinzip	15
7. Handlungsfelder: Wohin wollen wir – unsere Ziele	17
8. Maßnahmen: Ideen, Anregungen, Priorisierungen	19
9. Prozesssteuerung: Die Querschnittsaufgabe Integration steht in der Verantwortung aller kommunalen Akteure	26
10. Evaluation und Monitoring: Berichte, Dialogrunden, Integrationskonferenzen	27

Integrationskonzept Stadt Landau in der Pfalz

1. Vorwort: Bedeutung und Relevanz des Integrationskonzepts

Schon immer haben kommunale Akteure in Politik, Verwaltung und Gesellschaft integrationspolitische Aufgaben wahrgenommen. Dies geschah in der Vergangenheit meist als Reaktion auf bestimmte Entwicklungen, so zum Beispiel dem verstärkten Zuzug von Menschen aus unterschiedlichen Ländern unserer Welt. Dabei ist es nicht immer gelungen, die Notwendigkeit aktiver integrationspolitischer Maßnahmen, so zum Beispiel zum Erwerb der deutschen Sprache, nachhaltig umzusetzen.

Hinzu kam, dass sowohl viele der als Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren nach Deutschland gekommenen Menschen lange Zeit glaubten, irgendwann in ihre Heimat zurückzukehren, als auch viele Menschen in Landau in der Pfalz nicht davon überzeugt waren, dass aus Gästen Einwohner/innen auf Dauer werden könnten. Hier kann ein Paradigmenwechsel bei allen Akteuren festgestellt werden.

Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland richtete 2006 zum ersten Mal einen „Nationalen Integrationsgipfel“ aus, dessen Arbeitsergebnisse ein Jahr später in einen „Nationalen Integrationsplan“ mündeten. Auch das Land Rheinland-Pfalz hat ein Integrationskonzept verabschiedet (2007). Der Rat der Stadt Landau in der Pfalz regte im September 2008 die Erstellung eines Integrationskonzepts an und beschloss hierzu die Einstellung einer Integrationsbeauftragten. Im Juni 2009 folgte bereits der Erlass einer Satzung, die die Institutionalisierung eines „Beirates für Migration und Integration“ regelte. Ziel des Stadtrates ist es, nicht nur über die Menschen mit Migrationshintergrund zu entscheiden und für sie Regelungen zu treffen, sondern mit ihnen im Dialog das Zusammenleben in der Stadt zu gestalten. Die Wahl fand am 8. November 2009 statt. Wir können mit Stolz sagen, dass in Landau in der Pfalz die Wahlbeteiligung mit rund 20 Prozent landesweit bei den kreisfreien Städten die bisher höchste war.

Diesen Grundsatzentscheidungen liegt die mehrheitlich gereifte Erkenntnis zugrunde, dass auch wir in Landau in der Pfalz in einer bunten Vielfalt leben. Das ist nicht nur Fakt, sondern gleichzeitig eine unserer wichtigen Ressourcen zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Weltanschauung und Religion ist Bereicherung und Chance für unsere Stadt und wir arbeiten daran, die Potenziale, die darin stecken, noch viel mehr für uns alle zu nutzen. Die gelungene Integration von Zuwanderern ist daher eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Dabei fangen wir in Landau in der Pfalz nicht bei Null an. Zahlreiche Aktivitäten konnten bereits zuvor durch aktive, engagierte Menschen auf den Weg gebracht werden. Gleichwohl fehlte es noch an einer strategischen Verdichtung, einer zielorientierten gemeinsamen Vorgehensweise. Dies möchte das vorgelegte Konzept erreichen. Wir verfügen nun über eine gemeinsame Vorstellung von einer gemeinsamen Zukunft in unserer Stadt. Und wir verfügen dazu über eine facettenreiche Ideensammlung, die als Grundlage für geeignete Maßnahmen dient, um die identifizierten Ziele zu erreichen. Die städtischen Gremien sind nun aufgefordert, im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten, diese Zielsetzungen zu realisieren. Gemeinsam wollen wir daran weiter arbeiten, indem wir uns regelmäßig treffen, um einerseits Bilanz zu ziehen und andererseits die kommunale Integrationsarbeit perspektivisch weiter zu entwickeln. Dabei sind wir uns bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen gelingt. Dies ist ein Prozess.

Der gemeinsame Ausgangspunkt war ein Integrationsworkshop im Mai 2010. Damals erhielt die Stadt Landau in der Pfalz das Angebot des Landes Rheinland-Pfalz, Partner in einem Modellprojekt der Bertelsmann Stiftung zu sein, das uns als Stadt unterstützen will, diesen integrationspolitischen Zielfindungsprozess aktiv mit den Akteuren zu gestalten. Daran beteiligten sich sowohl Menschen aus der Politik, der Stadtverwaltung, der kommunalen Gesellschaft, als auch Menschen mit Migrationshintergrund, die in verschiedenen Gremien Verantwortung tragen. Die Ergebnisse dieses Workshops sind dem Beirat für Migration und Integration sowie dem Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz im Rahmen einer Dokumentation vorgelegt worden. Beide Gremien beschlossen im August 2010 einstimmig die Entwicklung eines Integrationskonzeptes bis zum Jahresende 2011.

Seitdem fanden sich zu den Handlungsfeldern „Bildung / Sprache / Interkulturelle Öffnung der Verwaltung / Atmosphäre und Kommunikation / Beruf und Arbeit“ Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Verantwortungsbereichen zusammen, die in ihren Zusammenkünften engagiert diskutierten, wie die im Workshop entwickelten Zielvorstellungen präzisiert, konkretisiert und umgesetzt werden könnten. Die Resultate dieser Arbeitskreise sind in dieses Konzept eingeflossen.

Daher sind wir vielen Menschen zu großem Dank verpflichtet, so zum Beispiel

- unserem Beirat für Migration und Integration,
- unserem Stadtrat,
- vielen Organisationen, Verbänden, Initiativen und Vereinen,
- zahlreichen engagierten Einzelpersonlichkeiten
- sowie den zuständigen Ansprechpartnern unserer Stadtverwaltung, allen voran unserer Integrationsbeauftragten.

Durch dieses vielfältige Engagement hat unsere Stadt ein ganz besonderes Renommee erworben.

Aber: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Wir können uns nicht bequem zurücklehnen, wir wollen unsere Anstrengungen fortsetzen und langfristige Perspektiven entwickeln. Die Strukturdaten zum Beispiel sprechen eine deutliche Sprache. So sind zum Beispiel immer noch überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger mit nicht-deutschem Hintergrund von Arbeitslosigkeit betroffen.

Deshalb machen wir weiter: Wir erstellen unser Integrationskonzept für unsere gemeinsame Zukunft in unserer Stadt. Wir wissen, dass ein Konzept nicht abschließend ist, sondern ständig fortentwickelt werden muss. Wir haben gemeinsam einen ersten wichtigen Schritt getan. Doch wir verstehen diese Arbeit als gemeinsamen Prozess, der Änderungen nicht nur verträgt, sondern geradezu erforderlich macht. Deshalb: Engagieren Sie sich in Landau in der Pfalz unter anderem dafür, dass unsere, von vielen Menschen mit entwickelten Ziele Wirklichkeit werden.

Für den Stadtvorstand

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Für den Beirat für Migration und Integration

Aydin Tas
Vorsitzender

2. Zielgruppe: An wen wendet sich das Konzept?

Die Integration zugewanderter Menschen in die Gesellschaft von Landau in der Pfalz ist eine Aufgabe, die alle betrifft. Gelingen kann sie nur, wenn sowohl die zugewanderten Menschen als auch die Bewohner/innen der Stadt Landau in der Pfalz dies wollen und durch ihr Verhalten, aber vor allem auch durch ihre innere Einstellung die entsprechenden Integrationsbemühungen unterstützen. Integration kann nur gelingen, wenn die Neubürger und die Altbürger zu einem Miteinander finden.

Dabei ist bereits heute eine Minderheit, wer als Landauerin oder Landauer schon immer hier lebte. Die meisten Menschen werden erkennen, wenn sie die Geburtsorte ihrer Eltern oder ihre eigenen Geburtsorte betrachten, dass auch sie bereits Wanderungen in ihrer Lebensbiographie hinter sich gebracht haben. Eine Stadt kann daher nur überleben, wenn sie Zuwendung und Akzeptanz durch Zuwanderung erfährt. Dies war in der Vergangenheit bereits so, wird aber bedingt durch die demographischen Wandlungsprozesse noch verstärkt. Denn Landau in der Pfalz wird künftig nicht mehr Geburten aufweisen als Sterbefälle. Unsere Stadt wird daher mehr denn je auf Zuwanderung angewiesen sein.

Das bedeutet, dass wir unsere Willkommenskultur stetig verbessern und verstärken müssen, damit unsere Stadt für alle, die hier bereits leben, aber insbesondere für jene, die überlegen, nach Landau in der Pfalz zu ziehen, hoch attraktiv ist bzw. bleibt. Mit anderen Worten: es kommt auf jeden Menschen an. Damit ist Jeder zugleich die Zielgruppe des Integrationskonzepts, aber auch ein handelnder Akteur seines Gelingens.

Wenn wir dann sehen, dass jene Menschen, die als Zuwanderer den Weg in unsere Stadt gefunden haben, ihren Kinderwunsch weiterhin realisieren, anders als andere Menschen im vergleichbaren Alter, so erkennen wir alle schnell, dass eine gelingende Integration aller Menschen eine Schlüsselherausforderung für die Zukunft unserer Stadt und für den sozialen Zusammenhalt der Generationen darstellt.

Deswegen möchte das Integrationskonzept alle ansprechen und erreichen: diejenigen, die zuwandern und diejenigen, die sich bereits heimisch fühlen. Jede Bürgerin, jeder Bürger ist eingeladen, sich im Rahmen der individuellen Möglichkeiten zu engagieren. Manchen wird dabei der Umsetzungsprozess zu schnell, manchen noch zu langsam verlaufen. Die Herausforderung bleibt, einen begehren Weg auszutarieren, der möglichst vielen Menschen ein Mitgehen ermöglicht.

3. Erste Erfahrungen: Niemand fängt bei Null an

Seitdem Menschen aus anderen Nationen ihren Weg nach Landau gefunden und die Entscheidung getroffen haben, sich auf zeitlich befristete oder unbefristete Dauer hier niederzulassen, reagieren die Akteure unserer kommunalen Gesellschaft auf sich einstellende Veränderungen. So kommen Kinder in unsere Tagesstätten ohne jedwede deutsche Sprachkenntnisse, ebenso in die Schulen. So möchten Menschen im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit ihre Religion im Alltag praktizieren und dies auch in Gebäuden sichtbar werden lassen. So möchten Menschen ihre Produkte einkaufen können, ihre kulturelle Vielfalt leben und pflegen, ihr kulinarisches Wissen anbieten.

Doch wo Menschen sind, da gilt es auch, ihre alltäglichen Nöte und Sorgen und die ihrer Familien in den Blick zu nehmen: Information, Beratung, Unterstützung lauten die drei Eckpfeiler vieler Angebotsstrukturen. Stellvertretend für viele Institutionen in Landau in der Pfalz werden einige Aktivitäten nachstehend konkret benannt und vorgestellt. Sie sind auch im Rahmen des Integrationsworkshops dargestellt worden:

- **Protestantische Kindertagesstätte des Diakonissenvereins, Langstraße 9**
Frau Petra Meder, Leiterin dieser Einrichtung seit zwei Jahrzehnten, berichtet, dass immer mehr Kinder aus sehr vielen unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Herkünften in ihre Kindertagesstätte kommen. Entsprechend gestaltet sich ihr Alltag.
- **ProfeS GmbH**
Frau Martina Erzberger-Ries, Geschäftsführerin dieser Weiterbildungseinrichtung, verdeutlicht die Notwendigkeit von Veränderungen, um gerade auch die bildungsfernen Menschen mit Migrationshintergrund in geeigneter Weise zu erreichen.
- **Frauenhaus in Landau**
Frau Dagmar Zimmermann-Baum, langjährige Mitarbeiterin des Landauer Frauenhauses, berichtet aus ihrem Alltag und der Integration ausländischer Frauen – auch ohne nennenswerte Sprachkenntnisse.
- **Stadtteilbüro Süd – Ökumenisches Sozialzentrum Landau e. V.**
Frau Verena Hüttmann weiß von einer vielfältigen Arbeit im Sozialraum zu berichten. Diese Erfahrungen werden sich als hilfreich im Umsetzungsprozess des Integrationskonzeptes erweisen.
- **Beirat für Migration und Integration**
Herr Aydin Tas, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration, sieht gute Möglichkeiten, die integrationspolitischen Ziele mit dem Beirat zu verwirklichen. Notwendig seien aber auch hier Engagement und Unterstützung.

Weitere langjährig bestehende Einrichtungen, die in Landau in der Pfalz Integrationsarbeit leisten, sind zum Beispiel:

- **Jugendmigrationsdienst Landau-Südliche Weinstraße / CJD**
- **Migrationserstberatung / Caritas-Zentrum Landau**
- **Mehrgenerationenhaus / Deutscher Kinderschutzbund Landau-Südliche Weinstraße e. V.**

Diese Liste könnte problemlos erweitert werden. Sie soll an dieser Stelle beispielhaft aufzeigen, dass vielfältiges Handlungswissen in der Stadt konkret vorhanden ist. Ziel bleibt es daher, dieses Wissen ausfindig zu machen, es zu bündeln und mit Hilfe eines Konzepts synergetisch zu vernetzen und nutzbar werden zu lassen.

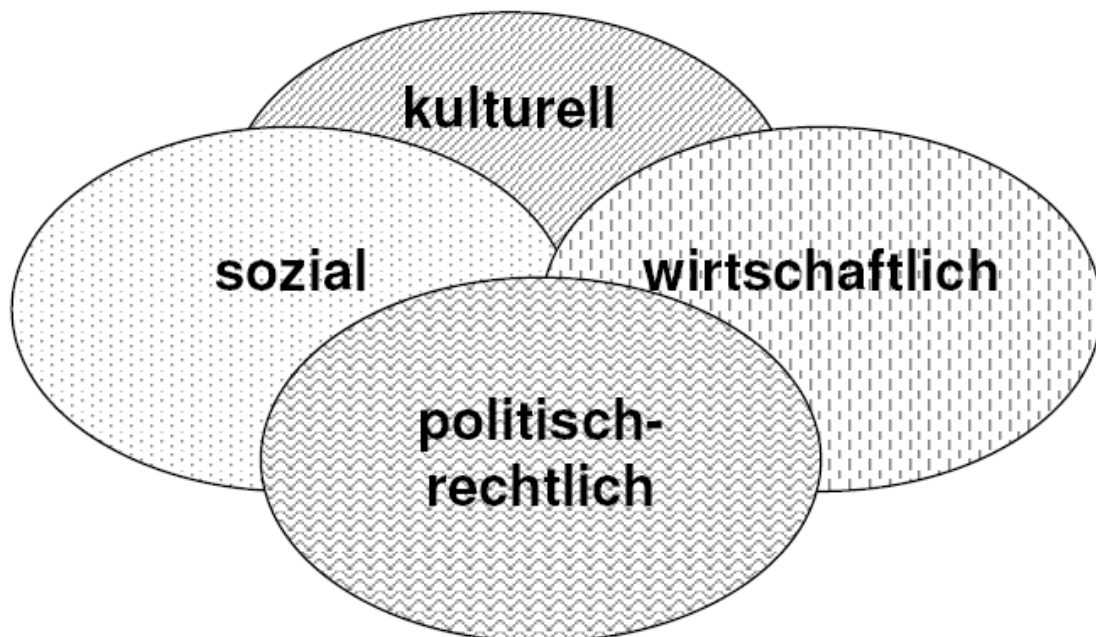
Dabei kann die Stadt Landau in der Pfalz sowohl auf Menschen zurückgreifen, die bereits über jahrzehntelange Erfahrungen verfügen, als auch auf Menschen, die bereit sind, mit neuen Ideen den Prozess zu bereichern. Beide sollen wertschätzend in den Prozess eingebracht werden.

4. Begriffsklärung: Was verstehen wir unter „Integration“?

Die gelingende Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte zielt darauf ab, dass sie sich als Minderheit, die in der Regel die deutsche Sprache neu erlernen muss, die kulturell und religiöse andere Prägungen in ihrem Leben erfahren hat, in einer Mehrheitsgesellschaft zurecht finden kann. Integration heißt nicht, sich anzupassen und dabei die eigenen kulturellen und ethischen Wertvorstellungen aufzugeben, sondern ermutigt aktiv, diese Werte und Potenziale in die Gesellschaft einzubringen. Die Fähigkeit der Mehrsprachigkeit zum Beispiel ist in einer global aufgestellten Stadt ein unerhörter Schatz, der nur gesehen und gefördert werden muss. Immer mehr – zumeist junge – Menschen in Landau in der Pfalz sind zweisprachig unterwegs.

Unabhängig von einer exakten Definition des Integrationsbegriffs bezogen auf Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, bleiben vier Dimensionen entscheidend, wenn eine Integration gelingen soll. Sie sind vom Bamberger Soziologen Friedrich Heckmann definiert worden und liegen nahezu jeder integrationspolitischen Debatte zugrunde. Sie gelten daher als allgemein anerkannt:

- wirtschaftliche (strukturelle) Dimension der Integration
- kulturelle Dimension der Integration
- soziale Dimension der Integration
- politisch-rechtliche (identifikative) Dimension der Integration.



Die wirtschaftliche (strukturelle) Dimension der Integration fragt danach, ob Menschen unabhängig von ihrer Zuwanderungsgeschichte die gleichen Chancen im Bildungssystem und/oder auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir in Landau in der Pfalz haben das noch nicht zufriedenstellend erreicht, aber wir wollen dahin kommen.

Die kulturelle Dimension der Integration diskutiert in erster Linie den Spracherwerb. Aber hierzu zählen auch die interreligiösen Fragen, sowie die Anerkennung der Werte und Normen der Aufnahmegesellschaft in Verbindung mit dem Kennenlernen und Wertschätzen der vielfältigen Migrantenkulturen. Wir sehen die zunehmende Bilingualität als Chance und Gewinn. Landau in der Pfalz lebt diese kulturelle Dimension bereits breit gefächert, will sie gleichwohl weiter ausbauen.

Die soziale Dimension der Integration spürt nach, ob Zugewanderte Mitglied in den zahlreichen Vereinen in Landau in der Pfalz geworden sind, ob sich Freundschaften entwickelten, ob eine Begegnung auf den vielfältigen gesellschaftlichen Ebenen ermöglicht worden ist, auch unter den Migranten, die wir nicht als homogene Gruppe begreifen. Hier sind nach wie vor Entwicklungspotenziale vorhanden.

Schließlich will die politisch-rechtliche (identifikative) Dimension der Integration, dass auch Zugewanderte sich mit unserer Stadt identifizieren, sich als Landauerin oder Landauer begreifen und verstehen. Dazu tragen Partizipationsmöglichkeiten bei, die Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppen, die Bereitschaft zur Identifikation, aber auch die Akzeptanz der Gesetze und der Verfassung. Damit werden Grundlagen für eine Rechts- und Chancengleichheit gelegt. Hier haben wir in Landau in der Pfalz bereits einiges erreicht, auf dem sich Zukunft gut aufbauen und gestalten lässt.

Jede Definition, die für den Begriff zugrunde gelegt wird, sollte diese Dimensionen ansprechen und in sich vereinen. Landau in der Pfalz will diese vier Dimensionen mit diesem Integrationskonzept gezielt ansprechen und gestalten.

Integrationsbedarf wird dabei nicht nur bzw. ausschließlich bei Menschen gesehen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, sondern der Integrationsbedarf wird auch bei Menschen gesehen, die ausländische Wurzeln haben, und diese leben wollen, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit bereits besitzen. Selbstverständlich hat in diesem Sinne auch die deutsche Gesellschaft einen Integrationsbedarf.

Deshalb definieren wir Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte – analog zur Definition des Statistischen Bundesamtes – wie folgt:

1. Alle Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.
2. Alle Menschen, die im heutigen Ausland geboren sind und nach 1949 in das heutige Deutschland einreisten.
3. Alle Menschen, die mindestens einen Elternteil haben, der im heutigen Ausland geboren ist und nach 1949 in das heutige Deutschland einreiste.

Seit dem Mikrozensus 2005 werden diese Daten bundesweit ermittelt. Auf kommunaler Ebene können wir nur bedingt entsprechende statistische Daten aufweisen. Es bleibt stete Aufgabe, die Datenbasis zielorientiert zu verbessern, ohne uns in Faktenaufstellungen zu verlieren. Die wichtigsten Daten und Fakten liegen vor. Sie sind unser Auftrag zu handeln.

5. Ausgangssituation: Daten und Fakten Landau in der Pfalz

Bundesweit lebten 2009 rund 7,2 Millionen Menschen in Deutschland, die keine deutsche Staatsangehörigkeit aufwiesen. Das sind 8,8 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nimmt man jedoch den Anteil derer, die – basierend auf der Definition des Statistischen Bundesamtes – eine Zuwanderungsgeschichte kennen, so weist der Mikrozensus 2009 eine Zahl von 16,0 Millionen Menschen nach. Das sind 19,6 Prozent der Bevölkerung, also ein gutes Fünftel der Gesamtbevölkerung von 81,7 Millionen Menschen.

In Rheinland-Pfalz lebten 2009 rund 300.000 Menschen, die einen ausländischen Pass besitzen. Das sind 7,6 Prozent der Bevölkerung. Nimmt man auch jene hinzu, die zwar die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, gleichwohl auf ausländische Wurzeln verweisen können, liegt der Anteil bei rund 18,5 Prozent (2009).

In Landau lebten am 31. Dezember 2010 genau 43.475 Menschen mit Hauptwohnsitz. Davon besaßen 2.911 Menschen keine deutsche Staatsangehörigkeit (= 6,7 Prozent). 4.915 Menschen verfügten über die deutsche Staatsangehörigkeit, können aber biographisch eine Zuwanderungsgeschichte berichten (= 11,3 Prozent). Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes haben daher 7.826 Einwohner/innen einen Migrationshintergrund. Das sind rund 18 Prozent der gesamten Bevölkerung von Landau.¹ Betrachten wir allein den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den Tageseinrichtungen, so waren dies Ende 2009 31,8 Prozent. 2005 waren es noch 25,5 Prozent.² Bundesweit weist mittlerweile jedes dritte neugeborene Kind einen Migrationshintergrund auf.

Diese Zahlen verdeutlichen die enorme Herausforderung für unsere städtische Gesellschaft, denn in 20 Jahren wird unsere Bevölkerung sich strukturell noch einmal völlig anders aufstellen, wenn diese Kinder selbst wieder Kinder gebären und aufziehen. Unser aller Wohl – wirtschaftlich wie auch sozial – hängt davon ab, wie das Miteinander der Kulturen in Landau in der Pfalz gelingt und gelebt wird, wie wir gemeinsame Werte und Ziele entwickeln, wie wir Allen den chancenorientierten Zugang zu Bildung und Arbeit ermöglichen, und wie wir dies auf der Grundlage einer demographisch völlig veränderten Generationenstruktur mit Leben füllen können. Denn auch in Landau in der Pfalz wird der Anteil der Menschen über 65 Jahre von 19,3 Prozent (2009) auf 23,3 Prozent (2025) in den nächsten 15 Jahren ansteigen. Parallel dazu wird der Anteil der unter 18-Jährigen von 16,3 Prozent (2009) auf 15,2 Prozent (2025) sinken. Bei den ausländischen Menschen zählen zurzeit nur rund 1,7 Prozent (2009) ein Alter von 65 und mehr Jahren.³ Fakt ist, dass eine sehr junge Landauer Bevölkerung eine Zuwanderungsgeschichte erzählen kann, während eine relativ alte Landauer Bevölkerung diesen Hintergrund nicht aufweist.

Unsere Herausforderung lautet daher, das Miteinander der Generationen und der Kulturen in einer sich demographisch stark ändernden kommunalen Bevölkerungsstruktur zielorientiert und zukunftsgerichtet zu gestalten.

Einen Überblick der vorliegenden statistischen Daten bieten die nachstehenden Tabellen.

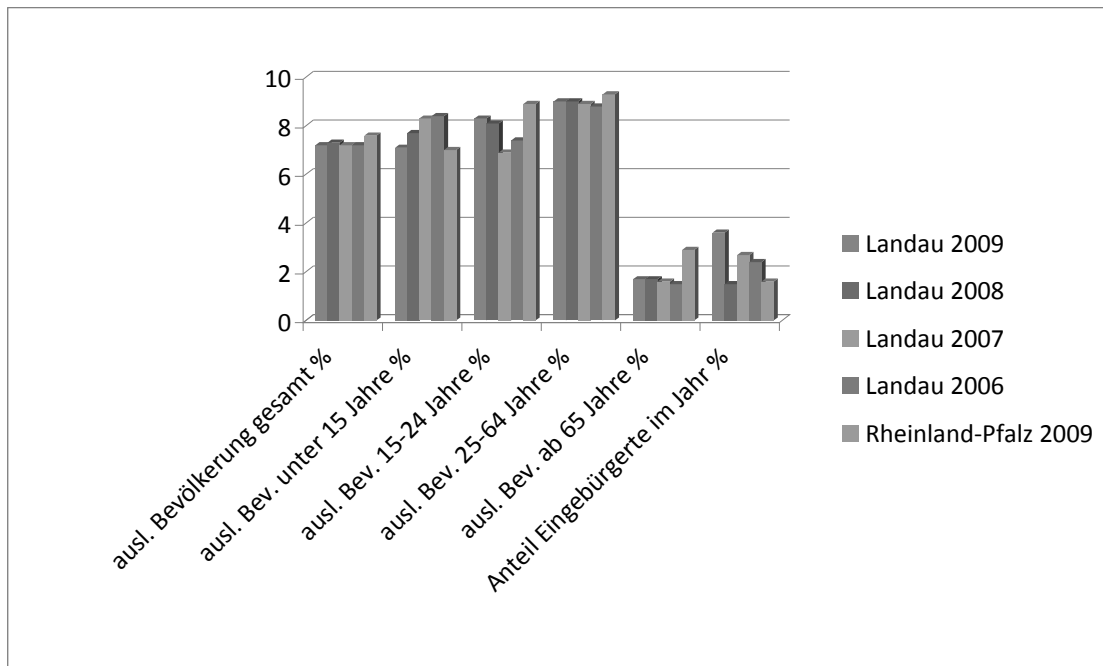
¹ Quelle dieser statistischen Angaben ist die Stadt Landau in der Pfalz.

² Quelle dieser statistischen Angaben ist das Portal der Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de

³ Quelle dieser statistischen Angaben ist das Portal der Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de

Bevölkerung – demografische Grunddaten

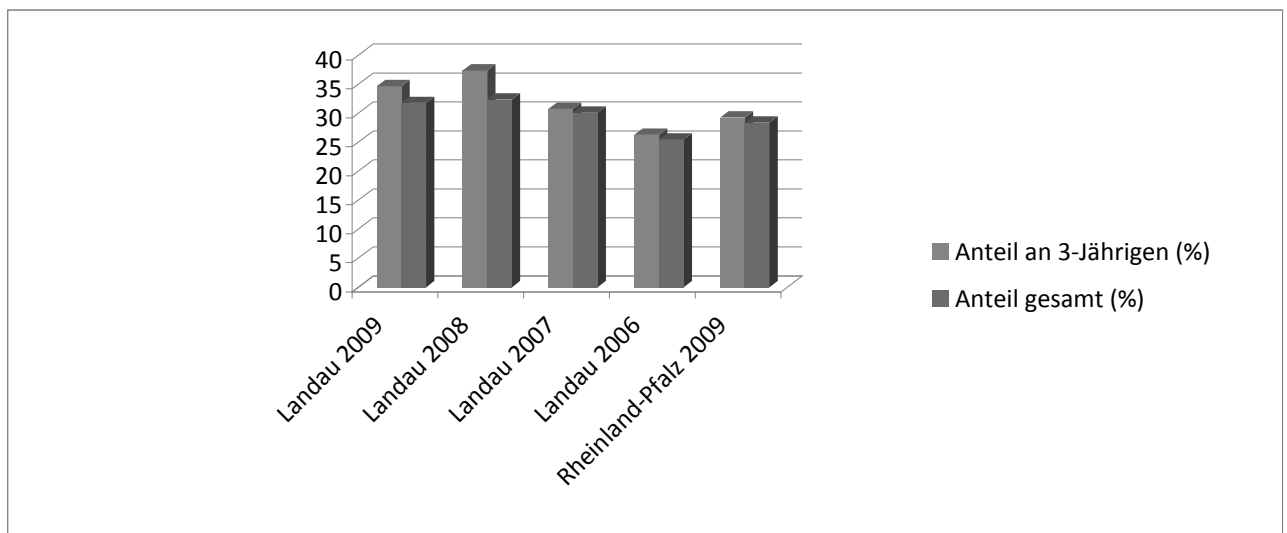
Indikatoren des Politikfeldes „Integration“ für Landau in der Pfalz⁴



Diese Zahlen zeigen, dass die zugewanderte Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich jünger ist. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklung in der Zukunft der Stadt Landau in der Pfalz ein Vorteil, da ihr viele Aufgaben zuwachsen, insbesondere auch für eine deutlich ältere Bevölkerung Sorge zu tragen.

Integration in Bildung und Ausbildung

Kindertagesstätten^{5,6}



⁴ Quelle dieser statistischen Angaben ist das Portal der Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de

⁵ Quelle dieser statistischen Angaben ist das Portal der Bertelsmann Stiftung www.wegweiser-kommune.de

⁶ Nur für den Kindergartenbereich liegen Daten für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vor. In allen anderen Bereichen basieren die Daten nur auf die ausländischen Menschen, also jene ohne deutschen Pass. Der Grund liegt darin, dass diese Daten in der gewünschten Differenzierung noch nicht erhoben werden.

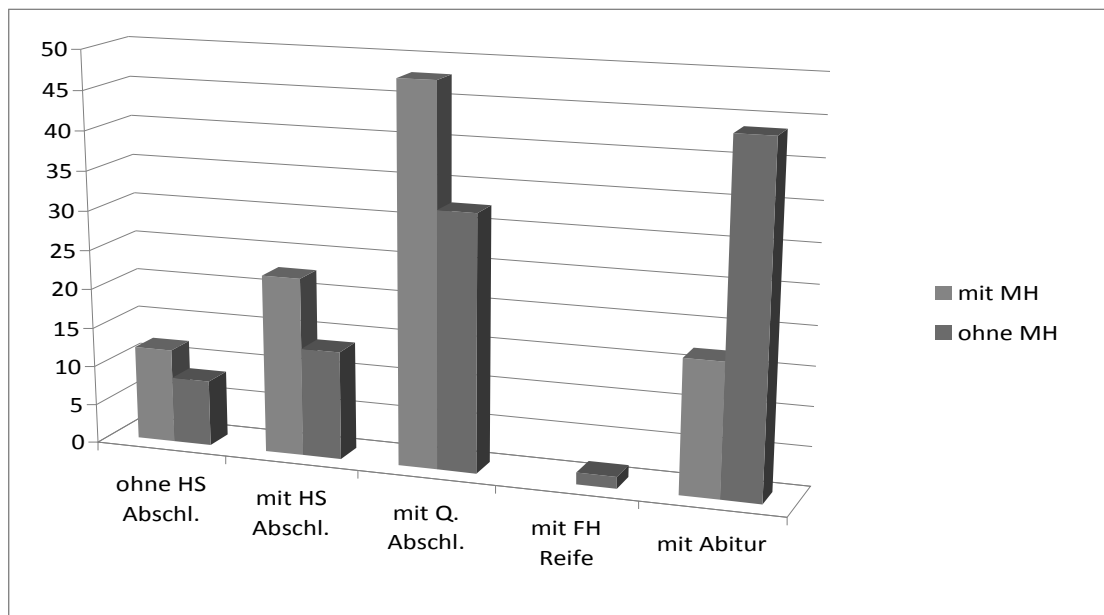
Diese Zahlen belegen nicht nur, wie jung die zugewanderte Bevölkerung in Landau in der Pfalz ist, sondern, dass gerade bei den Kindern im Kindergartenalter der Anteil mit Migrationshintergrund bereits bei einem Drittel liegt.

Allgemeinbildende Schulen⁷

Schulentlassene aus allgemeinbildenden Schulen im Jahr 2010 mit Migrationshintergrund nach Abschlussarten sowie Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Insgesamt ¹⁾	Davon				
		ohne Hauptschulabschluss ²⁾	mit Hauptschulabschluss	mit qualifiziertem Sekundarabschluss I	mit Fachhochschulreife ³⁾	mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur)
%						
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	100	11,9	41,0	40,3	-	6,7
Kaiserslautern	100	6,6	29,8	41,4	1,0	21,2
Koblenz	100	12,9	28,2	35,9	1,0	22,0
Landau i. d. Pfalz	100	12,0	22,7	48,0	-	17,3
Ludwigshafen a. Rh.	100	10,9	41,7	30,8	0,9	15,8
Mainz	100	6,2	35,7	35,2	2,5	20,4
Neustadt a. d. Weinstr.	100	5,6	47,2	25,0	2,8	19,4
Pirmasens	100	12,2	17,1	53,7	2,4	14,6
Speyer	100	12,0	28,8	43,2	0,8	15,2
Trier	100	9,9	14,3	50,5	1,1	24,2
Worms	100	9,8	42,2	46,2	-	1,7
Zweibrücken	100	9,5	47,6	23,8	-	19,0

Schulentlassene aus allgemein bildenden Schulen im Jahr 2010 mit und ohne Migrationshintergrund nach Abschlussarten in Landau in der Pfalz⁸



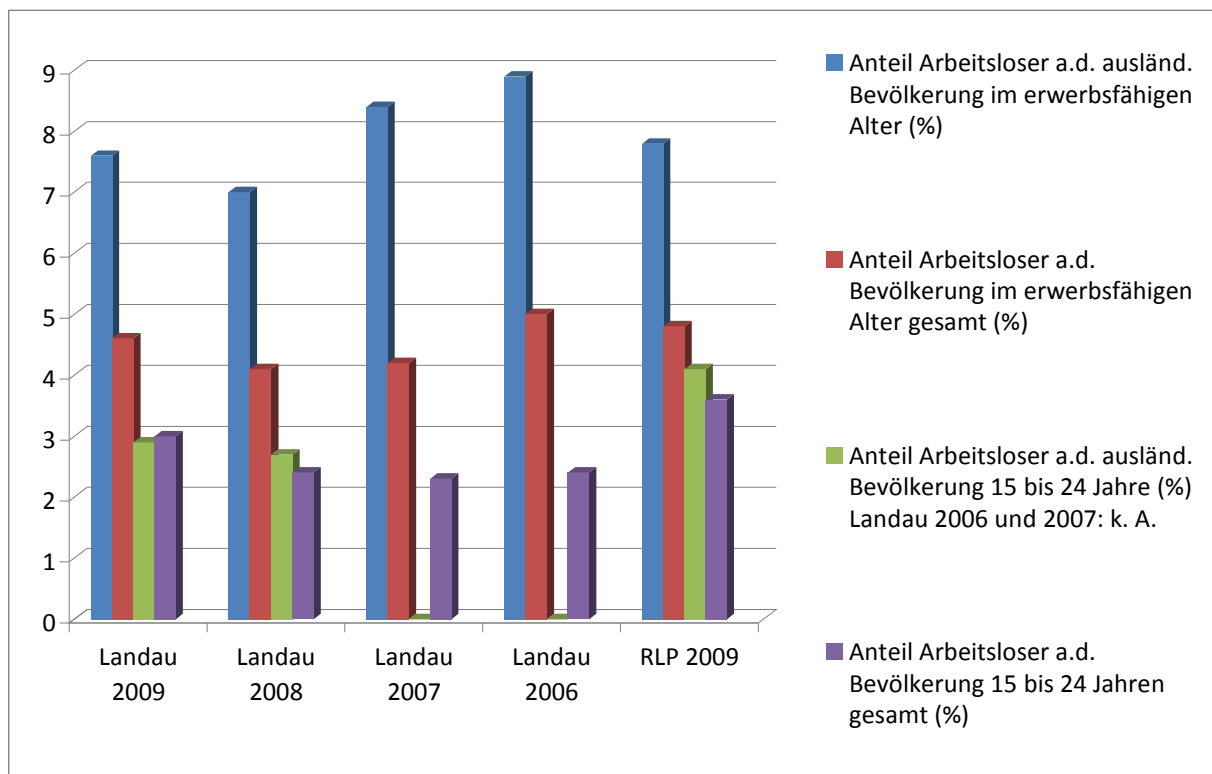
⁷ Quelle: www.statistik.rlp.de

⁸ Quelle: www.statistik.rlp.de

Dieses Diagramm, das die obere Tabelle in anderer Form darstellt, zeigt, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund einen qualifizierten Abschluss erreichen. Trotzdem bleibt festzustellen, dass viele Schüler mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Im Vergleich mit den deutschen Schülern erreichen nur wenige die Hochschulreife oder das Abitur. Hier gilt es, diese Potenziale zu schöpfen.

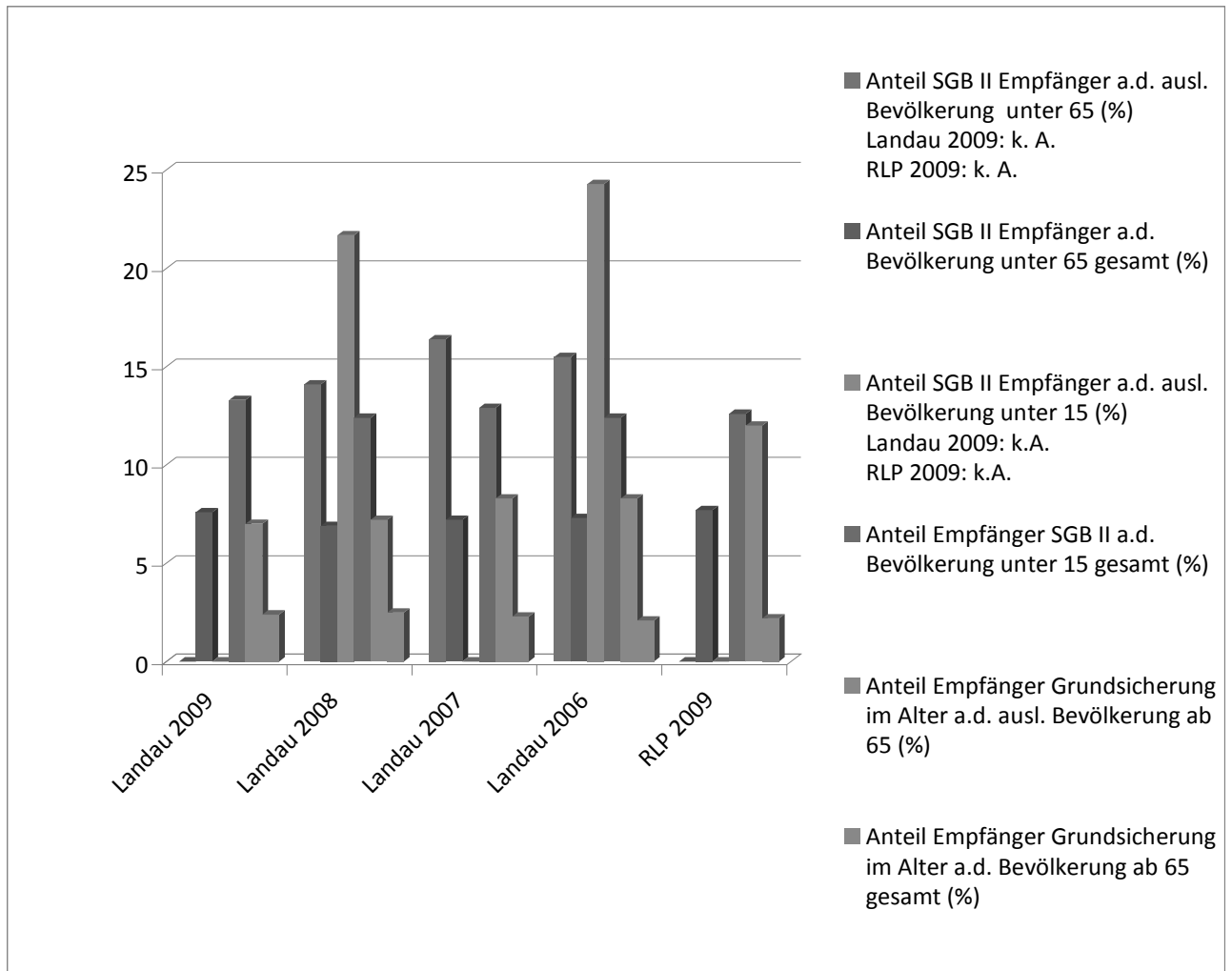
Arbeitsmarkt

Integration in Arbeit⁹



⁹ Quelle: www.wegweiser-kommune.de

Soziale Lage



k.A. = keine Angaben bei fehlender Verfügbarkeit bzw. zu geringer Fallzahlen
 Quelle: www.wegweiser-kommune.de, Statistische Ämter der Länder, Ausländerzentralregister, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Diese Zahlen sind ein Indiz dafür, dass der Anteil der ausländischen Bevölkerung, die Sozialtransfers erhält, deutlich über dem repräsentativen Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt. Damit wird die Bedeutung unterstrichen, die Sprache, Bildung und Ausbildung (zum Beispiel der Zugang zu Sprachkursen oder zu Bildungsabschlüssen) haben, an denen noch zu arbeiten ist, um zugewanderten Menschen einen chancengerechten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Der Vergleich zu den Daten von Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 2009 erlaubt eine Einordnung, wie Landau in der Pfalz landesweit eingebettet ist.

6. Bürgerbeteiligung: Das Grundprinzip

In diesem Prozess lautet ein Grundprinzip: Wir reden miteinander, nicht übereinander. Dieses Prinzip ist in vielfältiger Form mit Leben gefüllt worden.

Bereits 2006 fanden sich engagierte Bürger der Stadt Landau in der Pfalz zusammen, die im Rahmen eines „Runden Tisches Migration Landau / Südliche Weinstraße“ das Ziel verfolgten, die Lage ausländischer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Darunter sind Vertreter der Kommunalpolitik, der Stadtverwaltung, aus Verbänden und Vereinen, Kirchen und Behörden sowie engagierte Einzelpersonen. Dieser Runde Tisch trifft sich auch heute noch etwa zweimal jährlich.

Zuvor wurde die Integrationsarbeit bereits von den seit 1994 gewählten Ausländerbeiräten gestaltet. 2009 folgte aufgrund einer neuen gesetzlichen Bestimmung der Beschluss, einen ‚Beirat für Migration und Integration‘ einzurichten. Die hohe Wahlbeteiligung von fast 20 Prozent kann ebenfalls als Indiz für ein hohes Interesse der Stadt Landau in der Pfalz an einer regen Teilhabe der zugewanderten Menschen gewertet werden.

Bei der Wahl zum Beirat am 8. November 2009 haben sich zwei Wahllisten gebildet:

- Liste 1: „Landau Weltfreundlich“
- Liste 2: „Leben in Landau“.

Der Beirat für Migration und Integration trifft sich einmal monatlich. Er ist erstmals im November 2009 gewählt worden. Ihm gehören 12 Mitglieder an. Acht Mitglieder sind direkt gewählt, vier Mitglieder vom Stadtrat berufen worden.

Auch den Mitgliedern des Beirates ist es ein Anliegen, den Integrationsprozess strategisch und zielorientiert zu gestalten. Aus diesem Grunde haben deren Mitglieder mehrheitlich am Integrationsworkshop der Bertelsmann Stiftung sowie an den nachstehend beschriebenen Arbeitsgruppensitzungen zu den priorisierten Handlungsfeldern teilgenommen.

Als Folge des Integrationsworkshops (Mai 2010) und nach dem Beschluss im Stadtrat (August 2010), bis Ende 2011 ein Integrationskonzept für Landau in der Pfalz zu erarbeiten, haben sich interessierte Bürger/innen zu den im Workshop priorisierten Handlungsfeldern in Arbeitsgruppen getroffen und entsprechende Ergebnisse erarbeitet.

Folgende mehr als 30 Treffen, in denen sich rund 50 Personen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv beteiligten – manche auch in mehreren Arbeitsgruppen –, sind protokolliert worden:

Handlungsfeld Bildung:	21. September 2010, 20. Oktober 2010, 15. Februar 2011, 21. März 2011, 2. Mai 2011, 28. Juni 2011
Handlungsfeld Sprache:	5. Oktober 2010, 16. November 2010, 17. Februar 2011, 29. März 2011, 24. Mai 2011, 2. August 2011, 11. Oktober 2011
Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung:	28. September 2011, 2. November 2011, 22. Februar 2011, 5. April 2011, 7. Juni 2011, 10. August 2011

Handlungsfeld Atmosphäre:	19. Oktober 2010, 7. Dezember 2010, 15. März 2011, 17. Mai 2011, 6. Juli 2011, 22. September 2011
Handlungsfeld Arbeit:	12. Oktober 2010, 30. November 2010, 2. März 2011, 4. Mai 2011, 30. Juni 2011, 24. August 2011, 7. November 2011

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die durchschnittliche Teilnahme an einem Arbeitsgruppentreffen bei sieben Teilnehmenden lag und rund die Hälfte der angemeldeten Menschen sich regelmäßig beteiligte.

Schließlich hat sich auch eine Gruppe mit der Steuerung des Gesamtprozesses getroffen, die zuletzt am 16. August 2011 zusammengekommen ist und die bisherigen Arbeitsergebnisse zusammengetragen und gewürdigt hat. Ziel ist es, diese Ergebnisse in das Integrationskonzept einfließen zu lassen.

Die Teilnehmenden des Integrationsworkshops vom Mai 2010 sollen künftig im Rahmen von regelmäßig stattfindenden „Integrationskonferenzen“ über den Fortgang der Integrationspolitik in Landau in der Pfalz informiert und an der Weiterentwicklung in geeigneter Weise beteiligt werden.

7. Handlungsfelder: Wohin wollen wir – unsere Ziele

Um die Integrationsarbeit für und mit den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den nächsten zehn Jahren erfolgreich und nachhaltig zu gestalten, sind während des Integrationsworkshops im Mai 2010 insgesamt zwölf Handlungsfelder als relevant identifiziert worden. Um einen gelingenden Einstieg in die kommunale Integrationspolitik zu schaffen, wird von den rund 40 Teilnehmenden eine Priorisierung herbeigeführt. Ziel ist es, die Ressourcen auf die wichtigsten Handlungsfelder zu konzentrieren, ohne dabei die anderen Handlungsfelder ganz aus dem Blick zu verlieren. Das Abstimmungsergebnis kann wie folgt festgehalten werden:

Kernthemen zur Integrationspolitik in Landau

Sprache	Bildung	Wohnen	Gesundheit
27 Punkte	37 Punkte	10 Punkte	1 Punkt
Familie	Pflege	Arbeit	Engagement
7 Punkte	2 Punkte	17 Punkte	5 Punkte
Partizipation			
14 Punkte			
Interkulturelle Öffnung Vw	Atmosphäre	Prozesssteuerung	
Brückenbauer	Kommunikation	Finanzen	
26 Punkte	19 Punkte	14 Punkte	

Damit sind folgende fünf Handlungsfelder zur vertieften Bearbeitung als inhaltliche Schwerpunkte festgelegt worden:

- Bildung (37 Punkte)
- Sprache (27 Punkte)
- Interkulturelle Öffnung der Verwaltung (26 Punkte)
- Atmosphäre/Kommunikation (19 Punkte)
- Beruf/Arbeit (17 Punkte)

Zusätzlich beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit der Steuerung des Integrationsprozesses.

Zu diesen priorisierten Handlungsfeldern sind von den Teilnehmenden des Integrationsworkshops Leitziele entwickelt worden. Diese Leitziele sind im weiteren kommunalen Diskurs in den politischen Gremien nicht verändert worden. Sie waren ebenfalls Grundlage der Arbeitskreise, die darauf basierend konkrete Maßnahmen erarbeiteten. Diese Leitziele werden (sprachlich aufbereitet) als die wichtigsten integrationspolitischen Leitziele der Stadt Landau in der Pfalz festgehalten.

Leitbild

Landau will eine Stadt sein,

- in der alle Bürger/innen stolz darauf sind, dass Menschen aus über 100 und mehr Nationen friedlich, wertschätzend und respektvoll miteinander leben.
- die sich über jeden neuen Bürger/ jede neue Bürgerin freut, die zuzieht, da die gemeinsame Zukunft mehr zählt als die unterschiedliche Herkunft. Entsprechend sind die Bildungszugänge für alle Talente geebnet.
- in der die deutsche Sprache als gemeinsame Sprache aller anerkannt ist. Daher wird jedem Menschen das Erlernen der deutschen Sprache so früh wie möglich und so lang wie nötig ermöglicht.
- in der die Muttersprache als Potenzial in einer globalisierten Welt wertgeschätzt und gefördert wird.
- in der die vorhandenen Bildungsangebote miteinander verknüpft und koordiniert werden, so dass Zuwandernde schnell ihren individuellen Zugang zu Bildung und Teilhabe erhalten, und in der Menschen jeden Alters und jeder Generation lebenslang Bildungsmöglichkeiten erhalten.
- in der alle öffentlichen Begegnungsräume interkulturell geplant und gestaltet sind.
- in der die öffentlichen und privatwirtschaftlichen Arbeitgeber die Potenziale der Zugewanderten wertschätzen und in ihren Betrieben erfolgreich integrieren.
- in der Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Weg in ihre ökonomische Selbständigkeit unterstützt und gefördert werden.
- in der die erfolgreich integrierten Menschen mit Migrationshintergrund ihrer Vorbildfunktion für Zuwandernde engagiert einbringen.
- in der die Kompetenz in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Gesellschaft vorhanden ist, die interkulturellen Ressourcen der Vielfalt als Reichtum einer Stadt zu erkennen, zu bündeln und zu nutzen. Entsprechend sind die interkulturellen Angebote vernetzt und ausgebaut.
- die für ihr weltoffenes und Vielfalt bejahendes sowie Interkulturalität lebendes Klima bekannt ist.

Dieses Leitbild verbindet alle Akteure der Integrationsarbeit in ihrem Engagement. Die kommunalen und gesellschaftlichen Akteure der Stadt Landau in der Pfalz wollen sie schnellstmöglich realisieren. Das bedarf erster konkreter Maßnahmen, die die Zielerreichung aktiv unterstützen, eine Prozesssteuerungsstruktur, die regelmäßig prüft, ob die gewählten Maßnahmen auch zum Ziel führen sowie eine geeignete Evaluation, die stetig – auch unter Beteiligung der Akteure – feststellt, ob der gewählte Pfad zur Zielumsetzung auch dorthin führt.

Die nachstehend vorgestellten Maßnahmen, die die Mitglieder der Arbeitskreise erarbeitet haben, sind als erste Schritte auf dem Weg der Umsetzung des Leitbildes zu verstehen. Dies wird als laufender Prozess verstanden. Sie gilt es daher in regelmäßigen Abständen zu bilanzieren und weiter zu entwickeln. Dazu soll eine regelmäßige „Integrationskonferenz“ dienen.

8. Maßnahmen: Ideen, Anregungen, Priorisierungen

Bereits während des Integrationsworkshops, aber verstärkt in den fünf Arbeitskreisen sind viele Ideen und Anregungen entwickelt worden, die einerseits dazu beitragen, das oben genannte Leitbild und andererseits die im Laufe des Zeitraums 2010/2011 konkretisierten Maßnahmen, die bereits zu ersten Arbeitsaufträgen verdichtet worden sind, umzusetzen. Der Prozess der Maßnahmenentwicklung hat sich in den fünf Arbeitskreisen demokratisch gestaltet. Die Dokumentation des Integrationsworkshops lag diesen Arbeitskreisen vor und bildete die Grundlage ihrer Arbeit. Die Ideen und Vorschläge sind zwischenzeitlich stets von einer Prozesssteuerungsgruppe unterstützend begleitet worden. Die Prozesssteuerungsgruppe, die aus Mitgliedern der Verwaltung, der Politik, der Migrantenvvertretung sowie verschiedener gesellschaftlicher Akteure besetzt war, untersuchte die konkreten Maßnahmenvorschläge auf Umsetzung und unterstützende Begleitung. Die Beratungsergebnisse der Prozesssteuerungsgruppe sind den Arbeitskreisen mitgeteilt worden, so dass auf der jeweiligen Informationsgrundlage weiter gearbeitet werden konnte. In diesem Prozess sind weitere städtische Gremien beteiligt: Beirat für Migration und Integration, Sozialausschuss, Jugendhilfeausschuss, Hauptausschuss sowie Stadtrat.

Diese Prozesse werden nachstehend ergebnisorientiert festgehalten.

Handlungsfeld „Bildung“

Um an den gesellschaftlichen Ressourcen gleichberechtigt teilhaben zu können, ist ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung eine Grundvoraussetzung. Dies ist in formaler Hinsicht garantiert. Die oben angeführten Statistiken zeigen aber, dass im Bereich der Chancengleichheit noch einiges zu tun ist. Unser Ziel in diesem Handlungsfeld ist es, Bereiche zu definieren, in denen durch Unterstützung, zum Beispiel in der Organisation von Förderung, sichtbare Verbesserungen bei der Bildungsbeteiligung von aller Kinder und Jugendlichen erreicht werden.

Die ersten Überlegungen mündeten in die Erstellung einer Bestandsaufnahme, wo, in welcher Größenordnung, aus welchen Ländern usw. Migranten in allen Bildungsbereichen (Kindertagesstätten, Schulen) vertreten sind. Entsprechend sind erste Schritte eingeleitet worden, so zum Beispiel die Vorbereitung eines umfangreichen Fragebogens zur Integrationsarbeit (weit über statistische Daten hinaus) für den Elementarbereich (Kindertagesstätten). Es erfolgte in dem Zusammenhang eine Abstimmung mit vorhandenen Statistiken, zusätzlich sollte parallel die Vorbereitung einer ähnlichen Bestandsaufnahme für den Primar- und Sekundarbereich (Schulen) geprüft werden.

Situation in den Kindertagesstätten

Nach ausführlicher Beratung unter Beteiligung des Jugendamtes wurde von einer Befragung in den Kindertagesstätten Abstand genommen. Ausschlag gebend waren folgende Gesichtspunkte:

- Daten, die erhoben werden sollten, sind teilweise zusammengefasst in amtlichen Statistiken vorhanden.
- Eine kleingliedrige Erhebung sensibler Informationen mit möglichen Rückschlüssen auf einzelne Kindertagesstätten würde die Belange des Datenschutzes verletzen.
- Die Einbindung der verschiedenen Träger im Vorfeld und die Beachtung deren Interessen könnten sich als sehr aufwändig gestalten.

Vor diesem Hintergrund legte die Arbeitsgruppe ein anderes Vorgehen fest: Eingebunden in ein gemeinsames Treffen mit den Trägern und den Leitungen der Kindertages-

stätten war vorgesehen, im Rahmen eines Workshops Informationen über die jeweilige Situation auszutauschen. Tendenziell sollten dabei die Einschätzungen weniger als Erhebung erfasst, sondern mehr als „Bedarfe aus Sicht der Praktiker“ formuliert werden.

Der Workshop fand am 9. November 2011 statt und wurde strukturell von der Arbeitsgruppe Bildung vorbereitet und durchgeführt. Die Ergebnisse werden in den kommenden Wochen zusammengestellt und zunächst an die Teilnehmer versandt. Eine inhaltliche Bewertung mit Erkenntnissen zum künftigen Handlungsbedarf bildet die Grundlage für die weitere Arbeit.

Situation im schulischen Bereich

Der Fragebogen für die Erhebung ist fertig gestellt. Die Genehmigung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (Schulaufsicht) wurde erteilt, die Vorbereitungen zum Erhebungsverfahren sind im kommenden Jahr vorgesehen.

Sprachförderung von Schulkindern mit geringen bzw. keinen Deutschkenntnissen

Zur schnellen Spracheingliederung von Schulkindern sind für Neuankömmlinge Intensivkurse geplant. Dazu wurden Vorbereitungen mit der Realschule Plus Landau in der Pfalz getroffen. Wegen der erforderlichen Mindestzahl ist eventuell eine Kooperation mit der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße beabsichtigt. Die vorgelegte Ideenskizze wurde in der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert und abschließend gutgeheißen. Das mittlerweile entwickelte Konzept wurde dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung Rheinland-Pfalz vorgelegt.

Handlungsfeld „Sprache“

Sprache ist ein unentbehrliches Instrument für eine erfolgreiche Integration im unmittelbaren sozialen Umfeld, im kulturellen Bereich, aber auch auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt. Dank der Bestimmungen zur Integration, die im Zuwanderungsgesetz formuliert sind, ist sehr viel im Bereich des Angebotes an Sprachkursen passiert. Die Bedeutung des Erlernens der Sprache hat dadurch zugenommen, sowohl in den Augen der Migranten als auch der deutschen Bürger. Unser Ziel ist, Integrations Sprachkurse ebenso wie die Spracharbeit im Kindergarten und die Sprachförderung in der Schule, zu optimieren und allen zugänglich zu machen. Eventuelle Lücken sollen geschlossen werden.

Die ersten Überlegungen zielten darauf ab, die bestehenden vielfältigen Angebote zur Sprachförderung „in voller Breite“ zu bündeln und zu vernetzen. Dazu sind deshalb erste Schritte eingeleitet worden: Die Daten werden zusammen getragen und sollen im Internet und eventuell ergänzend über Informationsblätter veröffentlicht werden. Die strukturelle Gliederung erfolgt nach den Bereichen Elementar-, Primar-/Sekundar-, außerschulisch. Weitere Ideen verfolgen den Gedanken, andere Instanzen einzubinden (ADD, Ministerien, BAMF), Unternehmen zu identifizieren, die einen hohen Anteil an Mitarbeitern mit Migrationshintergrund haben sowie die deutsche Bevölkerung zu sensibilisieren, sich mit Menschen mit erkennbarem Migrationshintergrund in korrekter deutscher Sprache zu unterhalten.

Inzwischen sind dazu folgende Maßnahmen umgesetzt worden:

- **Grundsatzinformationen mit Linkadressen**

Eine Liste mit Linkadressen nach Bereichen wurde fertig gestellt. Sie enthält Informationen zu folgenden Themen und Anlaufstellen (Sprachkurse, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörde und Integrationsbeauftragte der Stadt Landau, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Einbürgerungs-

test). Die Liste wurde an alle im Netzwerk beteiligten Einrichtungen, Institutionen und Personen zur individuellen Verwendung elektronisch verteilt. Eine regelmäßige Aktualisierung ist vorgesehen. Die Einbindung in die städtische Homepage muss strukturell noch unterstützt werden.

- **Bündelung der Angebote zur Sprachförderung**
Aufgeführt werden alle Angebote zu den Stufen „vorschulisch, schulisch und außerschulisch“. Die Veröffentlichung ist über die städtische Homepage und als Flyer vorgesehen. Die Tabelle konnte noch nicht abschließend fertig gestellt werden, die Informationen verschiedener Anbieter sind teilweise noch zu aktualisieren.

Weitere Überlegungen in der Arbeitsgruppe lauteten:

- Multiplikatoren zur Sprachförderung gewinnen und ausbilden.
- Netzwerk der Sprachförder- und Integrationsfachkräfte (Kindertagesstätten, Schulen) aufbauen und als regelmäßiges Informationsforum nutzen.
- Anfrage an das Integrationsministerium, inwieweit die Sprachförderung von Asylbewerbern rechtlich abgesichert werden könnte.

Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“

Um Migranten als Akteure der Integrationsförderung zu stärken, ist eine zentrale Voraussetzung die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft, ihrer Institutionen und Organisationen. Die Verwaltung einer Stadt ist ein Vorbild, das weit über die Mauern des Rathauses hinaus wahrgenommen wird und Wirkung entfaltet. Unser Ziel ist es, die Potenziale und Kompetenzen, die Menschen mit Migrationshintergrund haben, durch gezielten Einsatz in den Ämtern, zum Wohle unserer Stadt zu erkennen und einzusetzen. Darüber hinaus sollten bald möglichst viele Mitarbeiter, die keinen Migrationshintergrund haben, durch Seminare und Fortbildungen sensibel gemacht werden für den Umgang mit Kulturunterschieden.

Die ersten Überlegungen hierzu zielten darauf ab, Migranten zunächst innerhalb der Stadtverwaltung und anschließend bei „mit uns verbundenen“ Einrichtungen und „befreundeten“ Betrieben zu identifizieren. Das Ziel lautete, diese Menschen als Multiplikatoren zu sensibilisieren und weiterzubilden. Es sollten konkrete Trainingsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Stellen, bei denen interkulturelle Kompetenzen von besonderer Bedeutung sind, angeboten und durchgeführt werden. Hierzu sind erste konkrete Schritte eingeleitet worden. So wurden Mitarbeiter/innen informiert, Vorgesetzte sensibilisiert und Trainer/innen beauftragt. Ein erster Schulungstermin ist vereinbart worden.

Zusätzlich wurde angeregt, einen Fragebogen zum Migrationshintergrund verwaltungsintern in Umlauf zu bringen, der auf freiwilliger Basis nach Daten fragt, da bei der Personalabteilung keine validen Daten vorhanden sind.

Folgende Maßnahmen sind bisher konkretisiert worden:

- **Interkulturelle Fortbildung**
Ein erstes Tagesseminar wurde durchgeführt, weitere Bedarfe sind gegeben. Entsprechende Seminarinhalte werden sondiert, Veranstaltungen sollen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig angeboten werden. Die Aufnahme in das regelmäßige Fortbildungsprogramm ist vorgesehen. Die Seminarinhalte werden von den zuständigen Dienststellen geplant und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung angeboten.
- **Fragebogen an die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung**
Ein interner Fragebogen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum möglichen Migrationshintergrund wurde vorbereitet. Die Abstimmung mit dem Hauptamt und dem Personalrat ist erfolgt. Die Erhebung wurde mit der Führungsebene und dem Personalrat zur Umsetzung vorbereitet und durchgeführt.
- **Information auf der städtischen Homepage**
Auf der städtischen Homepage wurden einige Basisinformationen zur Integrationsarbeit eingestellt. Eine Anfangsstruktur ist vorhanden, die Informationen werden in Zusammenarbeit mit der städtischen Pressestelle weiter ausgebaut. Die Arbeitsgruppe wird sich intensiver mit den Inhalten beschäftigen.

Handlungsfeld „Atmosphäre“

Ein gelingendes Zusammenleben in einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft entscheidet sich zuerst vor Ort und hängt daher besonders von der Willkommenskultur einer Gesellschaft bzw. Kommune ab. Ziel ist es, Zeichen zu setzen, das heißt auch durch gesellschaftliche Ereignisse, durch Kommunikationsformen und -gelegenheiten sichtbar zu machen, dass Menschen mit Migrationshintergrund hier leben, dass sie hier willkommen sind und dass wir sie vor Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Rassismus schützen.

Die ersten Überlegungen in der Arbeitsgruppe waren auch hier sehr konkret:

- „Baum der Nationen“ (Kunstwerk an zentraler Stelle, das interkulturelle Vielfalt symbolisiert).
- Öffentliche Plätze in der Stadt so gestalten, dass Kommunikation mehr im Vordergrund steht.
- Regelmäßige Begrüßung aller Neubürger durch Repräsentanten, Begrüßungspaket für alle mit den wichtigsten Informationen.

Konkret sind daraufhin folgende Schritte zur Umsetzung eingeleitet worden:

- Wichtige Plätze in der Innenstadt sind hinsichtlich der Anordnung der Sitzgelegenheiten begutachtet worden. Defizite sind erkannt und benannt worden, die in Bezug auf das „Bedürfnis, zu verweilen“ bestehen. Es sind zudem Möglichkeiten ausgelotet worden, ob ein „öffentliches Schachspiel“ an zentraler Stelle angeboten werden kann.
- Die Gestaltung eines „Willkommenspakets“ (mit verschiedenen Broschüren) ist besprochen worden.

Schließlich ist darüber hinaus angeregt worden, bestehende Feste „integrationsfreudiger“ zu organisieren oder neue Feste zu speziellen Themenschwerpunkten zu entwickeln.

Die Diskussion im Arbeitskreis führte zu verschiedenen weiteren konkreten Aktivitäten bzw. Anregungen:

- Die Polizeidirektion wurde eingebunden, um das „Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit“ zu verbessern (Antrag des Beirates, Beschluss der Steuerungsgruppe).
- Die „Wochen gegen Rassismus“ sollen jährlich abgehalten werden (Antrag des Beirates). Zum äußeren Zeichen wurde ein Banner beschafft und öffentlichkeitswirksam gehisst.
- Bei der Anmeldung von Neubürgern mit Migrationshintergrund sind einige Basisfragen vorgesehen. Damit sollen Potenziale erkannt und genutzt werden. Die Umsetzung wird mit den zuständigen Dienststellen geprüft.
- Ein Antrag, einen interkulturellen Garten in das Gelände der Landesgartenschau einzubinden, liegt vor (Initiative zur Förderung deutsch-ausländischer Begegnungen).
- Die Idee, „kommunikationsfreundlichere Sitzgelegenheiten“ fließt in die künftigen Planungen des Stadtbauamtes ein.
- Zur Gestaltung eines „Baumes der Nationen“ (Kreisel Queichheim) sind Kontakte mit dem Landesbetrieb Mobilität (zuständige Straßenbaubehörde) in Vorbereitung.
- Das Thema „Religionsfreiheit und ihre freie Ausübung“ soll in die Arbeitsgruppe eingebunden werden (Antrag des Beirates).
- Die Beteiligung des Büros für Tourismus im Hinblick auf die Gestaltung der Feste ist vorgesehen.
- Zur Erleichterung der „Wege durch die Verwaltung“ soll zunächst im Rathaus ein „integrationsfreundliches“ Informationsterminal aufgestellt werden. Bei positiven Erfahrungen sollten weitere Standorte vorgesehen werden. Das Hauptamt hat die Anregung der Arbeitsgruppe zur Prüfung entgegen genommen und steuert das Projekt innerhalb der Verwaltung.

Bisher sind aufgrund dieser Diskussionen der konkreten Vorschläge folgende Maßnahmen konkret umgesetzt worden:

- **Kunstwerk als Integrationssymbol**
Nach verschiedenen Beratungen ist die Arbeitsgruppe vom ursprünglich auf dem neuen Queichheimer Kreisel empfohlenen „Baum der Nationen“ abgekommen. Favorisiert wird jetzt ein künstlerisch gestaltetes Integrationssymbol an einem geeigneten Ort.
- **Befragung von Neubürgern**
Zur Identifikation von Neubürgern mit Migrationshintergrund ist beim Bürgerbüro und bei der Ausländerbehörde eine Kurzbefragung über einen Vordruck geplant. Die Abstimmung auf der Fachebene ist erfolgt. Ein Entwurf liegt vor, die Arbeitsgruppe wird den Fragebogen demnächst abschließen. Darüber hinaus empfiehlt die Arbeitsgruppe die gezielte Einladung von Neubürgern zum Neujahrsempfang, die durch eine spezielle Öffentlichkeitsarbeit (zum Beispiel bei den Einbürgerungsterminen) gesteuert werden soll.
- **Interkultureller Garten auf dem Gelände der Landesgartenschau**

Das vorliegende Konzept der „Initiative zur Förderung von deutsch-ausländischen Begegnungen e. V.“ wurde vom Geschäftsführer der Landesgartenschau-Gesellschaft, Herrn Matthias Schmauder, wohlwollend entgegen genommen. Das Konzept ist mittlerweile in die Gesamtplanung eingeflossen, die Bewirtschaftung soll im Jahr 2012 beginnen und sich nachhaltig multikulturell entwickeln.

Handlungsfeld „Arbeit“

Eine abgeschlossene berufliche Ausbildung ist Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Integration in den Arbeitsmarkt und somit ein wichtiger Bestandteil, um auch zukünftig an einer Gesellschaft und ihren Ressourcen teilhaben zu können. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Ursache dafür ist nicht immer nur das niedrige Bildungsniveau, sondern auch die Nicht-Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, dass durch die Anerkennung der im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse sich die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt verbessert.

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll zusätzlich durch ein abgestimmtes und vernetztes Beratungsangebot unterstützt werden. Dies erfordert eine koordinierte Zusammenarbeit der Akteure und einen verbesserten Informationsstand, der durch gemeinsame Fortbildungen erreicht werden kann.

Die ersten Überlegungen aus dem Kreis dieser Arbeitsgruppe schlugen vor, zunächst Unternehmen, zu denen eine strukturelle oder persönliche Verbindung besteht, gezielt anzusprechen, wie die Frage „Ausländer und Migranten als Mitarbeiter“ beurteilt wird (Betriebe mit städtischer Beteiligung, Stadtholding, Energie Südwest, Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb, Kliniken, Universität, Alten- und Pflegeeinrichtungen). Das damit verbundene Ziel lautete, die Bereitschaft zu wecken, mit der Arbeitsgruppe zusammen zu arbeiten. Daher sollte konkret der Kontakt zu Arbeitgeberverbänden hergestellt werden, um zu sensibilisieren, offensiv mit dem Thema umzugehen. Hierzu sollten zudem die Statistiken der Agentur und der Arbeitsgemeinschaft herangezogen werden, um ergänzende Informationen zur Situation auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten.

Ebenso ist vorgeschlagen worden, eine Tagung der regionalen Unternehmen auf Einladung der Stadtholding unter dem Motto „Migration und Arbeitsmarkt“ durchzuführen.

Um diese ersten Überlegungen und Vorschläge zu konkretisieren sind folgende Aktivitäten entwickelt worden:

- Es sind Kontakte mit Handwerkskammer und IHK zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe aufgenommen worden. Auch eine gelegentliche Teilnahme wird ermöglicht, um möglichen Interessenskonflikten bei sozialpolitischen Fragen entgegenzuwirken.
- Es ist eine zusätzliche kleine Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Universität zum Entwurf „Fragebogen für Unternehmen“ gebildet worden.
- Die Regelungen zum Beschluss der Bundesregierung zur verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sollen in die offensive Umsetzung der erweiterten Möglichkeiten einfließen.

Bis heute können folgende Maßnahmen in diesem Handlungsfeld beschrieben werden:

- **Fragebogen für Unternehmen**

Das in Zusammenarbeit mit der Universität entwickelte Projekt „ISABEL – Integration und Arbeitsmarktevaluation“ zur Beschäftigungssituation der Migranten wurde als Pilotversuch beim Jobcenter gestartet. Die Aktion erfolgte im Rahmen einer Diplomarbeit. Die Erhebung wurde von Mitgliedern der Arbeitsgruppe durchgeführt, die Ergebnisse sind ausgewertet. Die Umfrage erreichte einen Rücklauf von über 50 Prozent. Insgesamt zeigt sich das Jobcenter als interkulturell weit geöffnet mit einigen noch zu reformierenden Bereichen. Es wird angestrebt, den Fragebogen in andere Organisationen hinein zu tragen. Dabei ist sowohl Kernverwaltung, periphere Verwaltung und Privatwirtschaft Zielgruppe. Ziel muss es sein, verlässliche Daten zu erheben, die konkrete Nachqualifizierung in allen Arbeitssegmenten ermöglichen.

Diese Handlungsfelder sind nicht voneinander trennbar und zeichnen sich durch Überschneidungen und Abhängigkeiten aus. Das gilt auch für weitere nicht in Arbeitsgruppen vertiefte Themen.

Weitere Aktivitäten und Maßnahmen

Im Laufe des Jahres wurden weitere Projekte und Ideen umgesetzt, die sich wichtigen Integrationsaufgaben widmen:

- **Migration und Gesundheit**

In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. wurde am 26. Oktober 2011 ein Forum für Fachleute und Institutionen aus dem medizinisch-pflegerischen Bereich zum Thema „Kultursensibilität in der medizinischen Behandlung“ organisiert. Dazu wurden Vorträge zu den Themen „Seelische Gesundheit“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Kultursensible Pflege“ gehalten. Das Forum galt als Auftaktveranstaltung für die Bildung eines Präventionsnetzwerkes.

- **Kultur und Religion**

In Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek wurden am 21. September 2011 zwei Lesungen für Schulkinder und Erwachsene mit dem Islamwissenschaftler und Autor des Buches „Islam für Kids“, Herrn Anis Hamadeh, durchgeführt. Die Veranstaltungen richteten sich an Menschen, die sich für die Kultur und die Religion der Muslime interessieren.

- **Tag der Integration**

Seit 2007 findet auf Initiative des „Runden Tisches Migration Landau / Südliche Weinstraße“ jährlich der „Tag der Integration“ statt, der von mehreren Akteuren gestaltet wird. Ziel ist es, die Bedeutung der Integration zugewanderter Menschen in die Gemeinschaft der Landauer Bevölkerung zu fördern.

- **Wochen der Kulturen**

Der Beirat für Migration und Integration organisiert federführend einmal jährlich in Landau in der Pfalz die „Wochen der Kulturen“. Diese Veranstaltungsreihe hat im Herbst 2011 zum 13. Mal stattgefunden und ist in Landau bereits Tradition geworden. Ziel ist es, die Vielfalt der Kulturen zu präsentieren, die Begegnung der Kulturen zu fördern und verschiedene Akteure der Integration zusammen zu bringen. Das Fußballspiel „Alles Landauer“ soll die Wichtigkeit der Sportvereine beispielhaft im Integrationsprozess ins Bewusstsein der Bürger rufen.

- **Integrationsfilm**

Nicht nur die positive Entwicklung der Integration ist wichtig, sondern auch ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Erfolgreich integrierte Migranten sind wichtige Vorbilder für andere. Sie zeigen, dass trotz gesellschaftlicher Schwierigkeiten und rechtlicher Hürden der Wille und die Motivation zum Erfolg führen können. Der durch Landesmittel finanzierte und vom Beirat für Migration und Integration produzierte Integrationsfilm „Alles Landauer – Integration ist unsere Stärke“ zeigt, dass Migranten Erfolg haben können, wenn Sie eine echte Chance bekommen und sie sie auch zu nutzen wissen.

- **Maßnahmen des Jugendamtes der Stadt Landau in der Pfalz**

Insbesondere in den Kindertagesstätten wurden vom Jugendamt zahlreiche Maßnahmen entwickelt, die im Rahmen der anstehenden Beratungen in den Haushaltsplan der Stadt Landau in der Pfalz einfließen sollen. Dazu gehören zum Beispiel der Ausbau der Integrationsfachkräfte und weitere Sprachfördermaßnahmen.

9. **Prozesssteuerung: Die Querschnittsaufgabe Integration steht in der Verantwortung aller kommunalen Akteure**

Die Integrationspolitik wird in Landau in der Pfalz als zentrale Aufgabe mit Querschnittscharakter angesehen. Deshalb ist dieses kommunale Politikfeld strukturell in Form einer Integrationsbeauftragten im Sozialamt der Stadt Landau in der Pfalz angesiedelt. Die Stelle ist mit einer Fachkraft ausgestattet. Die Integrationsbeauftragte selbst wird unterstützt und begleitet von allen relevanten städtischen Ämtern. Sie bearbeitet im Wesentlichen folgende Aufgabenbereiche:

- Verantwortliche Mitarbeit bei der Ausarbeitung und Umsetzung des Landauer Integrationskonzeptes
- Mitwirkung bei der Organisation von Veranstaltungen zur Förderung der Integration
- Entwicklung und Durchführung von Projekten der Stadtverwaltung
- Mitwirkung bei integrationsrelevanten Themen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung
- Zusammenarbeit mit dem Beirat für Migration und Integration
- Beratung von Einrichtungen und Organisationen
- Mitarbeit in bestehenden Netzwerken
- Beteiligung an der Bildung neuer Netzwerke

Die Integrationsarbeit in Landau in der Pfalz wird politisch vom Beirat für Migration und Integration begleitet und unterstützt. Der Beirat kann sich mit seinen Initiativen und Anregungen direkt an den Rat der Stadt wenden, der selbst wiederum im Beirat mit vier Ratsmitgliedern vertreten ist. Der Beirat hat sich nach seiner Wahl im November

2009 im Mai 2010 aktiv am Integrationsworkshop beteiligt. Ziel war es zum einen, daran aktiv mitzuwirken, einen Weg zu finden, der trotz unterschiedlicher Herkünfte, kulturell bedingter Prägungen und individueller Wertvorstellungen ein gemeinsames Miteinander erlaubt. Ziel war es zum anderen, Zielvorstellungen zu entwickeln, die der Beirat in seiner Legislaturperiode umsetzen möchte.

Der integrationspolitische Prozess basiert auf einer einstimmig im August 2010 im Beirat und im Rat verabschiedeten Grundlage, bis Ende 2011 auf den bisher erarbeiteten Grundlagen ein Integrationskonzept für die Stadt zu erstellen.

Die Akteure werden durch eine „Prozesssteuerungsgruppe“ unterstützt, die begleitend und zielorientiert den Umsetzungsprozess fördern soll. Die Prozesssteuerungsgruppe ist aus Mitgliedern der Verwaltung, der Ratsfraktionen, des Beirates für Migration und Integration sowie von relevanten Vertretern der kommunalen Gesellschaft zusammen gesetzt. Die Sicherstellung des Kommunikationsflusses zwischen den engagierten Akteuren bleibt ebenso eine stetige Aufgabe.

Unabhängig von den kommunalpolitischen Strukturen kann jeder Bürger / jede Bürgerin, jeder Verein, jede Institution, jeder Verband, jeder Akteur in Landau in der Pfalz durch sein eigenes Engagement den Integrationsprozess zugewanderter Menschen in der Landauer Bevölkerung aktiv unterstützen. Dieses Engagement ist willkommen. Dabei wird angestrebt, die Koordinierung aller dieser Aktivitäten von der Integrationsbeauftragten der Stadt Landau in der Pfalz wertschätzend zu begleiten. Die Stadt Landau in der Pfalz sagt zu, im Rahmen ihrer fachlichen Möglichkeiten und formalen Zuständigkeiten und im Rahmen der finanziellen Ressourcen ihren Teil zum Gelingen des Integrationsprozesses beizutragen. Ebenso sind alle weiteren Akteure der Landauer Gesellschaft aufgefordert und gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenfalls ihren Anteil zum Gelingen beizusteuern.

10. Evaluation und Monitoring: Berichte, Dialogrunden, Integrationskonferenzen

Regelmäßige Berichte (zum Beispiel ein Integrationsbericht), Veranstaltungen (Workshops, Gremiensitzungen, Integrationskonferenz) sowie gezielte Einzelereignisse sollen den Kommunikationsfluss fördern und vertiefen. Eine regelmäßig stattfindende Integrationskonferenz, die allen in der kommunalen Integrationsarbeit engagierten Menschen eine Begegnungs-, Austausch- und Diskussionsplattform bieten soll, verfolgt unter anderem das Ziel, dass die am Prozess beteiligten Akteure zum einen eine gemeinsame Bilanz des bisher Erreichten ziehen, zum anderen gemeinsam die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses entwerfen, um die gemeinsam entwickelten Zielsetzungen nachhaltig erreichen zu können.

Dabei erlauben gerade die konkret formulierten Zielsetzungen in regelmäßigen Abständen einen Abgleich mit der derzeitigen Wirklichkeit: Wo stehen wir? Sind wir noch auf dem richtigen Weg? Ist das Ziel noch aktuell? Welche Maßnahmen sind geeignet, dieses Ziel zu erreichen? Wie weit sind wir in der Zielerreichung fortgeschritten?

Das Monitoring soll durch ein geeignetes Kennzahlenset unterstützt und erleichtert werden, das heißt, es gilt Indikatoren zu definieren, die ein Messen der Zielsetzungen ermöglichen (vergleiche dazu Kapitel 5).

In die Bilanz und Weiterentwicklung sind nicht nur die städtischen Aktivitäten einzubeziehen, sondern auch die, die durch das aktive Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger initiiert, begleitet und umgesetzt werden, zum Beispiel in Form von handlungsfeldbezogenen Arbeitsgruppen. Denn Ziel ist und bleibt, alle gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen auf die Umsetzung unseres Prozesses zu bündeln.

Eine der ersten Aufgaben nach Verabschiedung des Konzeptes wird es sein, einen Verantwortlichen für das Monitoring zu bestimmen.



Landau in der Pfalz, im Dezember 2011

Dieses Konzept ist am 22. November 2011 von den anwesenden Mitgliedern der Steuerungsgruppe und den Arbeitsgruppen einstimmig zur Annahme empfohlen worden.

Integrationskonzept

Steuerungsgruppe zusammen mit Arbeitsgruppen






4. Sitzung: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Herr Farid Moayyedi (Beirat für Migration und Integration)	entschuldigt
Herr Aydin Tas (Beirat für Migration und Integration)	Tas
Herr Bashir Wared (Beirat für Migration und Integration)	
Herr Siegfried Schmidt (JMD, CJD Neustadt-Landau)	P. Schmidt
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	E. Schwahn
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamt, Amtsleitung)	H. Malo
Herr Harald Kafitz (BAMF / Regionalkoordinator)	H. Kafitz
Frau Monika Oberfrank (Migrationserstberatung / Caritas-Zentrum LD)	M. Oberfrank
Frau Jutta Wegmann (Netzwerk Familienbildung)	J. Wegmann
Frau Heidi Berger (Beirat für Migration und Integration)	entschuldigt
Herr Wolfgang Gauer (Beirat für Migration und Integration)	entschuldigt
Frau Magdalena Schwarzmüller (Beirat für Migration und Integration)	M. Schwarzmüller
Herr Orhan Yilmas (TSV e.V.)	
Herr Faouzi El Aoud (Islamischer Interkultureller Verein e.V.)	entschuldigt
Herr Thomas Hirsch (Dezernent, Bürgermeister der Stadt Landau)	
Frau Christine Baumstark (Stadtverwaltung, Hauptamt, Amtsleitung)	C. Baumstark

Integrationskonzept

Arbeitsgruppe Arbeit:

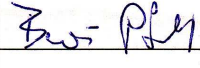

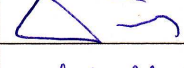

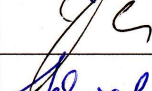

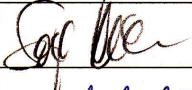
Sitzung zusammen mit der Steuerungsgruppe: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Frau Martina Erzberger-Ries (ProfeS GmbH) Vertretung: Herr Wolfgang Ziegler	entschuldigt
Herr Michael Dopke (ARGE Landau –SüW)	
Herr Hermann Demmerle (Fraktionsmitglied / Fraktion SPD)	
Herr Bashir Wared (Beirat für Migration und Integration)	
Herr Dietrich Herdel (Fraktionsmitglied / Bündnis 90/Die Grünen)	D. Herdel
Frau Susanne Schröer (Fraktionsvorsitzende - Bündnis 90/Die Grünen)	S. Schröer
Frau Monika Oberfrank (Caritas Zentrum Landau)	anwesend
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamtsleiter)	
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	E. Schwahn
Herr Mike Zapp (Universität Koblenz-Landau, Fachbereich Interkulturelle Bildung)	

Integrationskonzept

Arbeitsgruppe „Atmosphäre“

Sitzung zusammen mit der Steuerungsgruppe: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Frau Petra Beez-Pfaff (Initiative zur Förderung deutsch-ausländischer Begegnungen e.V.)	
Frau Bettina ^{Katharina Herty} Bettina Herty (Kindertagesstätte St. Maria, Leiterin)	i.V. 
Herr Bashir Wared (Beirat für Migration und Integration)	
Herr Farid Moayyedi (Beirat für Migration und Integration)	entschuldigt
Herr Aydin Tas (Beirat für Migration und Integration)	Tas
Frau Christina Weiss (Stadtverwaltung, Hauptamt)	
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamtsleiter)	
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	
Herr Thomas Kost (Polizeiinspektion Landau)	entschuldigt
Frau Sonja Roth-Scherrer (Rheinpfalz, Freie Journalistin)	
Herr Matthias Schmauder (LGS GmbH, Geschäftsführer)	entschuldigt

Integrationskonzept

Arbeitsgruppe Bildung:



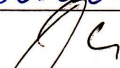
Sitzung zusammen mit der Steuerungsgruppe: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Frau Martina Erzberger-Ries (ProfeS GmbH) Vertretung: Herr Wolfgang Ziegler	<i>entschuldigt</i>
Frau Verena Hüttmann (Stadtteilbüro Süd - ÖSZ Landau e.V.)	<i>i.v. J. Karl</i>
Frau Francesca Chillemi Jungmann (Universität Koblenz-Landau, Beirat für Migration und Integration)	<i>F. Chillemi</i>
Frau Magdalena Schwarzmüller (Stadträtin, Beirat für Migration und Integration)	<i>M. Schwarzmüller</i>
Herr Siegfried Schmidt (JMD, CJD Neustadt-Landau)	<i>S. Schmidt</i>
Herr Dr. Paul Schwarz (Bildungsjournalist)	<i>P. Schwarz</i> <i>entschuldigt</i>
Herr Son Phu Phan (Verein vietnamesischer Landauer e.V.)	<i>abgemeldet</i>
Frau Susanne Schröer (Fraktionsvorsitzende - Bündnis 90/Die Grünen)	<i>anwesend</i>
Frau Margret Grannemann-Böhme (Mehrgenerationenhaus, Leitung)	
Frau Sabine Heyn (Stadtverwaltung, Jugendamt)	<i>i.v. S. Heyn</i>
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	<i>E. Schwahn</i>
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamtsleiter)	<i>H. Malo</i>
Frau Irmi Degenhardt (Grundschule Horstring, Lehrerin)	
Herr <i>Eisenstein</i> Alexander Kirchmer (Stadtverwaltung, Jugendamt)	<i>anwesend</i>
Frau Patricia Masur (Kita Nordring, Integrationskraft)	<i>P. Masur</i> <i>entschuldigt</i>
Frau Elena Lissovskaja-Peter (Dipl.- Übers., pädag. Kraft / Grundschule)	

Integrationskonzept

Arbeitsgruppe Interkulturelle Kompetenz

Sitzung zusammen mit der Steuerungsgruppe: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Frau Bettina Katharina Herty (Kindertagesstätte St. Maria, Leiterin)	i.V. Gisela Rödel
Herr Farid Moayyedi (Beirat für Migration und Integration)	entschuldigt
Herr Aydin Tas (Beirat für Migration und Integration)	Tas
Herr Bashir Wared (Beirat für Migration und Integration)	
Herr Siegfried Schmidt (JMD, CJD Neustadt-Landau)	Schmidt
Frau Gönül Kuru (Stadtverwaltung, Rechnungsprüfungsamt)	
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	Schwahn
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamtsleiter)	
Herr Peter Berens (Polizeiinspektion Landau)	anwesend
Frau Anna Frank (ProfeS GmbH)	Frank

Integrationskonzept

Arbeitsgruppe Sprache

Sitzung zusammen mit der Steuerungsgruppe: 22.11.2011, 17.00 Uhr

Teilnehmerliste	Unterschrift
Frau Frau Susanne Kaimer (ProfeS GmbH)	<i>entschuldigt</i>
Frau Petra Meder (Kindertagesstätte Langstraße, Leiterin)	<i>U. Meder P.</i>
Frau Francesca Chillemi Jungmann (Universität Koblenz-Landau, Beirat für Migration und Integration)	<i>F. Chillemi</i>
Herr Bashir Wared (Beirat für Migration und Integration)	<i>B. Wared</i>
Herr Kandasamy Kulenderaraja (Beirat für Migration und Integration)	
Frau Elena Schwahn (Stadtverwaltung, Integrationsbeauftragte)	<i>E. Schwahn</i>
Frau Katharina Kircher (Bürgerin, Sprachförderung im Elementarbereich)	<i>K. Kircher</i>
Herr Hans-Joachim Malo (Stadtverwaltung, Sozialamtsleiter)	<i>H. Malo</i>
Frau Lissovsckaja-Peter (Bürgerin, päd. Kraft/ Grundschule, Übersetzerin)	